

## Klima-Allianz fordert nachhaltige Wasserstoffproduktion

Deutschland will für den Klimaschutz fossile Brennstoffe wie Kohle, Gas und Erdöl weitgehend durch erneuerbare Energien ablösen. Die Regierung setzt dabei stark auf Wasserstoff. Der soll vor allem aus dem Ausland kommen.

Berlin/Schwerte (epd). Die Klima-Allianz Deutschland hat von der Bundesregierung verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für die Produktion von Wasserstoff in Entwicklungsländern gefordert. Es müsse ein gerechter Handel mit Wasserstoff und den Produkten daraus wie Methanol und Ammoniak aufgebaut werden, heißt es in einem in Berlin vorgestellten Forderungspapier zur Wasserstoff-Importstrategie der Bundesregierung. Die Vorständin der Klima-Allianz, Christiane Aeverbeck, betonte, es müsse sichergestellt werden, dass nur grüner Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gefördert werde. Laut Klima-Allianz, ein Zusammenschluss von rund 150 Nichtregierungsorganisationen, ist „zeitnah“ mit der Verabschiedung einer Importstrategie für Wasserstoff durch die Bundesregierung zu rechnen. Diese war im Juli 2023 angekündigt worden.

Die Bundesregierung hatte sich damals für einen beschleunigten Ausbau des Wasserstoffsektors ausgesprochen. Ziel ist, dass grüner Wasserstoff aus erneuerbaren Energien klimaschädliche Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Gas zunehmend ablöst. Wasserstoff entsteht durch Elektrolyse. Bei dem Vorgang wird mithilfe von Elektrizität eine chemische Reaktion ausgelöst, die Wasser in die Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff spaltet.

Der energiepolitische Experte des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“, Joachim Fünfgelt, warnte vor verschärfter Wasserknappheit und Landnutzungskonflikten in den Ländern, wo Wasserstoff für den Export produziert werde. Die Bundesregierung müsse diese Länder dabei unterstützen, negative Folgen der Wasserstoffproduktion zu vermeiden. Zudem sollte als Folge die dortige Energieversorgung verbessert und der Aufbau nachhaltiger Industrien mitgedacht werden.

Aktuell seien viele Projekte zur Erzeugung von Wasserstoff „im Aufbau“, aber es gebe noch wenige, „die bereits laufen“, sagte Fünfgelt. Dabei verwies er auf Pläne für Produktionsstätten unter anderem in Chile, Argentinien und Uruguay sowie in Marokko, Mauretanien, Kenia und Namibia. Es reiche nicht aus, sich zu Nachhaltigkeitszielen und -kriterien lediglich zu bekennen, sagte Fünfgelt bei der Präsentation einer Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag von „Brot für die Welt“ und der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung: „Die Strategie muss einen gut abgestimmten Mix aus verschiedenen Politikinstrumenten benennen, um einen gerechten Handel mit Wasserstoff aufzubauen.“

## Gesellschaft

## Gesellschaft

Als Beispiel für die Notwendigkeit der Verknüpfung von Wasserstoffproduktion für den Export und Entwicklung in den Produktionsländern verwies Timon Wehnert vom Wuppertal Institut auf ein geplantes Wasserstoffprojekt in Namibia. Dort habe bis heute etwa die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu Strom. Awerbeck betonte die Dringlichkeit, bei der Entwicklung nachhaltiger Wasserstoffstandards den Schulterchluss mit der EU und den G7- Staaten zu suchen. Zum Forderungspapier gehören neben der Vermeidung von Wasserknappheit auch soziale und sogenannte „Governance“-Aspekte wie Transparenz und die frühzeitige Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung.

Mitglieder der Klima-Allianz sind unter anderem die rheinische und westfälische Kirche und lippische Kirche. Pfarrer Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, lenkte den Blick auf die Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Das Bundesland sei mit seinen bedeutenden industriellen Kernen, der komplexen Infrastruktur und einer großen urbanen Dichte ein „Reallabor für Wasserstoff“, sagte das Mitglied im SprecherInnenrat der Klima-Allianz. „Grüner Wasserstoff wird aber ein knappes Gut bleiben.“ Die Nutzung sollte daher auf Bereiche beschränkt werden, die anders nicht dekarbonisiert werden könnten, wie die Stahl- und die Zementindustrie. Dies müsse die Bundesregierung sicherstellen, forderte der kirchliche Umweltexperte.

Beim unvermeidbaren Import von grünem Wasserstoff gehe es nicht nur um den Schutz der Biodiversität, die Einhaltung der Menschenrechte oder die Verbesserung der Energieversorgung in den Ländern des Globalen Südens, führte Breyer weiter aus. „Es muss den Exportländern auch ermöglicht werden, in diesem neuen und bisher nicht monopolisierten globalen Markt ihre langfristigen wirtschaftlichen Chancen nutzen zu können.“

So sollte der Globale Süden wesentlich von der Wertschöpfung in der Wasserstoff -Wirtschaft und den damit verbundenen Arbeitsplätzen profitieren. „Hierfür braucht es neben klar definierten Nachhaltigkeitszielen, -kriterien und -instrumenten vor allem eine umfassende Einbeziehung lokaler Interessen in der Projektplanung und -umsetzung.“

### **NRW fördert Beratung für ehrenamtliche Umweltprojekte**

Düsseldorf (epd). In Nordrhein-Westfalen erhalten elf ausgewählte ehrenamtliche Umweltgruppen Fördergelder des Landes, um für die Umsetzung eines Projektes Beratung zu erhalten. Pro Projektberatung können bis zu 20.000 Euro in Anspruch genommen werden, wie das NRW-Umweltministerium am Dienstag in Düsseldorf mitteilte. Zu den ausgewählten Projekten gehören Initiativen und Vereine unter anderem in Bergheim, Witten, Bochum, Kaarst und Lippstadt-Dedinghausen.